

Studienbücher politische Bildung

Gotthard Breit/Peter Massing (Hrsg.)

Die Rückkehr des
Bürgers in die
politische Bildung



WOCHEN
SCHAU
VERLAG

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Gotthard Breit/Peter Massing : Die Rückkehr des
Bürgers in die politische Bildung / Gotthard Breit
– Schwalbach/Ts. : Wochenschau-Verl., 2002
(Studienbücher politische Bildung;)
ISBN 3-87920-082-3

© by WOCHENSCHAU Verlag
Schwalbach/Ts. 2002

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in
irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen
Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet werden.

Gedruckt auf chlorfreiem Papier
Printed in Germany
ISBN 3-87920-082-3

Inhalt

Einleitung	7
1. Bürgergesellschaft und Bürgerkompetenzen	
1.1 Einleitung	11
1.2 Die Bürgergesellschaft als Ressource der Demokratie	12
1.3 Kontroversen des Bürgerschaftsdiskurses	14
1.4 Ein Vorschlag zur Systematisierung der bürgerschaftlichen Kompetenzen	17
1.5 Demokratische Tugendproduktion	19
1.6 Vertrauen und Bürgerkompetenz	23
1.7 Schlussbemerkung	25
2. Das Bild des Bürgers in der politikwissenschaftlichen Theorie und in der politischen Praxis	
Grundlage für die „Handlungsorientierung“ im politischen Unterricht?	28
2.1 Wurzeln der Demokratie – Demokratie als unvollendetes Projekt	28
2.2 Realistische Politikwissenschaft	30
2.3 Norm und Realität	36
2.4 Appellativ-normative Politikwissenschaft	37
2.5 Gegentherapien	39
2.6 Reflexive Demokratie	45
2.7 Handlungsorientierung und politisches Lernen	49

1. Bürgergesellschaft und Bürgerkompetenzen

1.1 Einleitung

Zivilgesellschaft, Bürgergesellschaft und „Dritter Sektor“ sind seit Mitte der achtziger Jahre zu einem Lieblingskind der politischen Publizistik und der amerikanischen und bundesdeutschen Politikwissenschaft geworden. Auch wenn von den drei Begriffen ein eher verschwommener Gebrauch gemacht wird, haben sie als gemeinsamen Nenner die folgende Annahme: Moderne Demokratien bestehen nicht nur aus einem Staatsapparat, der sich durch turnusmäßige Wahlen legitimiert sowie die für diese Wahlen notwendigen politischen Parteien, sondern aus einer Vielzahl von Verbänden, Interessengruppen, freiwilligen Organisationen, sozialen Bewegungen und kurzfristigen Initiativen, in denen sich Bürger zusammenfinden, um (unter anderem) politischen Einfluss zu nehmen. Die mit den drei Termini in Verbindung stehenden Ideen umfassen oft sogar noch mehr: nämlich den Gedanken, dass Aufgaben, die traditionell in Europa dem Staat zugewiesen wurden, nun von den Bürgern in eigener Regie übernommen werden. Bundeskanzler Gerhard Schröder beispielsweise sieht als wichtigste Aufgabefelder einer künftigen „zivilen Bürgergesellschaft“ die Reform des Gesundheitswesens, eine Erneuerung unserer Städte, das Stiftungsrecht und die Kommunikations- und Computerkultur¹.

Nachdem in den achtziger Jahren zuerst die Grünen – die aus verschiedenen Bürgerbewegungen der siebziger Jahre hervorgegangen waren – auf die Zivil- und Bürgergesellschaft als Alternative oder doch zumindest Ergänzung des bestehenden politischen Systems setzten, haben sich im Verlauf der neunziger Jahre mittlerweile alle politischen Parteien der Bundesrepublik der „Bürgergesellschaft“ verschrieben. Die damit verbundenen politischen Stoßrichtungen unterscheiden sich naturgemäß nicht unerheblich. Dennoch gibt es einen gemeinsamen Grundton in der vielstimmigen Rede von der Bürger- und Zivilgesell-

schaft: Er besteht im Appell an die Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Bürger.

Eine Demokratie, die auf Zivilgesellschaft, Bürgergesellschaft oder den „Dritten Sektor“ setzt, gibt ihren Bürgern nicht nur mehr Chancen, sondern verlangt notwendigerweise auch mehr Kompetenzen von ihren Bürgern als eine Demokratie, die sich mit periodischen Wahlen begnügt. Die an die Bürger herangetragenen Ansprüche bzw. Bürgerqualitäten erhöhen sich dadurch nicht unerheblich.

Worin genau diese Kompetenzansprüche liegen, wird nicht nur in der Tagespolitik, sondern auch in der politiktheoretischen Fachdebatte kontrovers diskutiert. Es herrscht weder Einigkeit darüber, welche Arten von Kompetenzen notwendig sind, noch darüber, unter welchen Bedingungen die Bürger diese Kompetenzen am ehesten entwickeln können. In den neunziger Jahren war die politikwissenschaftliche Diskussion über Bürgerkompetenzen insbesondere in den USA – aber auch in der Bundesrepublik – auf die „charakterlichen“ Qualitäten der Bürger konzentriert. Die Stichworte dieser Diskussion waren „civic virtue“, „politische Tugend“ oder „(Staats-)Bürgertugend“². Hintergrund dieses Interesses waren die mit Sorge betrachteten Befunde der empirischen Politikforschung, nach denen ein großer Teil der Bürger und insbesondere der jüngeren Generation zunehmend auf Distanz zum politischen System gegangen war oder sich gar völlig dem politischen System entfremdet hat. Bei all ihren Differenzen im Detail finden sich bei den beteiligten Autoren über die angemessene Beschreibung von Bürgerkompetenzen zumindest in diesen Negativdiagnosen Gemeinsamkeiten. Folgt man ihnen, so zehren egoistische und privatistische Orientierungen die Motivationsbasis bürgerschaftlichen Handelns auf und ist es dringend an der Zeit, massiv gegenzusteuern, will man nicht die Existenz der Demokratie mittelfristig aufs Spiel setzen.

1.2 Die Bürgergesellschaft als Ressource der Demokratie

Die Bürgergesellschaft kam in den Überlegungen des Tugenddiskurses der Neunziger Jahre an zwei Stellen zugleich vor: einmal als *Resultat* des Agierens (a) und ein anderes Mal als *Voraussetzung* des Agierens (b) der Bürger.

- a) Nach der ersten Vorstellung soll die Bürgergesellschaft gleichsam als Ausbildungsstätte für diejenigen Bürgertugenden fungieren, auf die selbst eine allein über Wahlen legitimierte Demokratie zwangsläufig angewiesen bleibt. Das Argument lautet, dass bereits die Wahlbeteiligung in einer Massendemokratie ein Akt ist, der ein Mindestmaß an Bereitschaft beinhaltet, sich für das politische Gemeinwesen zu engagieren. Allein aus egoistischem Interesse würde sich niemand an der Wahl beteiligen. Ein witziger Zeitgenosse hat einmal ausgerechnet, dass die mathematische Wahrscheinlichkeit, auf dem Weg zum Wahllokal tödlich zu verunglücken, bei weitem höher liegt als die Wahrscheinlichkeit, dass die eigene Stimme wahlentscheidend ist. Es bedarf also immer eines gewissen Grundbestandes an Tugend, um politisch tätig zu sein. Als einen der wichtigsten Orte, an denen diese Tugenden eingeübt werden, sehen viele Politikwissenschaftler die Institutionen der „Bürgergesellschaft“.
- b) Nun ist aber auch das politische Engagement innerhalb des vielfältig gespannten institutionellen Netzes der Bürgergesellschaft nie ohne Voraussetzungen. Ja, meistens geht das dort erwartete Engagement über das üblicherweise geübte Maß an politischer Aktivität weit hinaus. Hier setzen die Verfechter der Bürgergesellschaft auf eine Strategie der Selbstverstärkung, die Ähnlichkeiten mit dem Motto aufweist, nach dem der Appetit beim Essen komme. Der Kern des *Selbstverstärkungstheorems* lautet, dass die unmittelbaren „repayments“ die Menschen in Wohlfahrtsverbänden, kulturellen Vereinigungen oder politischen Initiativen die Formen von persönlicher Anerkennung und Selbstverwirklichung haben so hoch sind, dass sich für viele Beteiligte das Engagement schon aus diesen Gründen lohnt.

Gekoppelt wird das Selbstverstärkungstheorem mit einem *Ausstrahlungstheorem*. Es nimmt seinen Ausgangspunkt bei der Beobachtung, dass Angehörige eines zivilgesellschaftlichen Zusammenschlusses im Zuge ihrer Aktivitäten zwangsläufig auch mit Fragen konfrontiert werden, die eine gewisse allgemeinere politische Bedeutung haben. Für Bürgerinitiativen und Interessenverbände liegt dies auf der Hand. Es gilt aber auch für Aktivitäten, die in erster Linie im kulturellen oder karitativen Sektor angesiedelt sind. Seien es die Mitglieder einer Or-

nithologenvereinigung, die die Folgen des Rückganges einer bestimmten Vogelart zu beklagen haben und nach deren Ursachen fragen; seien es die Mitglieder eines Sportvereins, die mit dem Umgang mit ausländischen Sportsfreunden konfrontiert werden; seien es die ehrenamtlichen Mitarbeiter in der kirchlichen Schwangerenberatung, deren Tätigkeit unmittelbar von der Gesetzgebung zum § 218 StGB betroffen ist – in all diesen Fällen werden die Angehörigen zivilgesellschaftlicher Vereinigungen mit Fragen von allgemeiner politischer Bedeutung konfrontiert, auf die sie als Angehörige dieser Vereinigung Antworten finden müssen.

Die Beteiligten sind dabei vielfach gefordert: Sie müssen Kenntnisse über bestimmte Sachverhalte erwerben, sie müssen sich vertraut machen mit den zur Lösung beitragenden politischen Institutionen und sie müssen innerhalb der Gruppe Wege finden, trotz erheblichen Dissenses in manchen Fragen zu befriedigenden Lösungen zu gelangen. Die Hoffnung der Verfechter des Ausstrahlungstheorems besteht darin, dass die auf diese Weise erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten im Umgang mit zivilgesellschaftlichen Themen positive Auswirkungen auf die gesamte politische Kompetenz der beteiligten Akteure zeitigt. Insbesondere wird erwartet, dass die Erfahrung unmittelbarer Beteiligung in der Bürgergesellschaft auch positive Auswirkungen auf die „Tugend“ der Staatsbürger hat.

1.3 Kontroversen des Bürgerschaftsdiskurses

Es wurde schon darauf hingewiesen, dass in der politiktheoretischen Debatte große Uneinigkeit darüber herrscht, wie die Bürgerkompetenz nun genauer positiv auszuzeichnen ist. Diese Uneinigkeit ist kein neues Phänomen. In der politischen Ideengeschichte stoßen wir immer wieder auf eine ausgesprochene Vielfalt von Bürgerkonzeptionen³. Heute besteht Uneinigkeit über alle wesentlichen Fragen, die man im Zusammenhang mit dem Problem der Bürgerkompetenz aufwerfen kann. Uneinigkeit besteht darüber, wie tief die Krisendiagnose moderner Gesellschaften anzusetzen ist, welchen Status der Tugendbegriff innerhalb der Bürgerkompetenzen hat, wer der Adressat des Tugenddiskur-

ses ist, was der Katalog der Bürgerqualitäten konkret enthalten soll und mittels welcher erzieherischer oder sonstiger Maßnahmen diese Qualitäten anzutrainieren sind.

1. Bezüglich der *Dramaturgie in den Krisendiagnosen der persönlichen Moral* lassen sich schwache und starke Varianten unterscheiden, das „Unterforderungs-“ und das „Fäulnistheorem“. Nach dem Unterforderungstheorem verfügen die Bürger weiterhin über gewisse Tugendqualifikationen, diese kommen aber nicht hinreichend zum Zuge, da das politische Institutionensystem auf die Prämierung egoistischer und privatistischer Orientierungen codiert ist. Besserung in diesem Modell bieten Reformen, die „politische Willensschwäche“ institutionell überbrücken und tugendgeleitetes Handeln im Sinne eines „motivating political morality“ (Robert Goodin) erleichtern. Dem Fäulnistheorem zufolge haben die negativen Effekte der Individualisierung den Kernbestand gemeinschaftlicher Orientierungen selbst angegriffen (Alasdair MacIntyre). Nach der Logik dieses Arguments muss der Reformprozess – sofern überhaupt noch als möglich angesehen – tiefer angesetzt werden und auf das Antrainieren von tugendhaften Einstellungen zielen.
2. Unterschiedlich positioniert wird zweitens der *Status des Tugendbegriffs*. Bemühen ihn einige Autoren instrumentell, weil ohne Tugenden die Institutionen der Demokratie nicht überlebensfähig seien, werden Tugenden von anderen Autoren (meist unter Berufung auf Aristoteles) als intrinsisch, also in sich selbst, wertvoll angesehen. In der ersten Variante sind politische Tugenden die funktional notwendige Bedingung von Demokratie (Robert A. Dahl), respektive das politische Leben die notwendige Bedingung des guten Lebens (Jürgen Habermas); in der zweiten Variante ist politische Tugend die Form des guten Lebens selbst (Benjamin Barber, Hannah Arendt).
3. Uneinheitlich ist ferner, an wen der Tugenddiskurs *adressiert* ist. Sind es die Bürger, die durch die Klagen periodisch aufgerüttelt werden sollen? In diesem Sinne beschreibt jedenfalls Herfried Münkler das Tugendoptimum als einen submaximalen Zustand, der seine auf-rüttelnde Kraft gerade aus dem Vorhandensein von Gefährdungen zieht⁴. Oder richtet sich der Diskurs als Mahnung an Pädagogen, Mitarbeiter politischer Bildungsinstitutionen und gesellschaftspoli-

tische Multiplikatoren und macht damit die Politische Bildung zu einer Art „moralischer Feuerwehr“ der Demokratie?⁵

4. Die *Bilder des Idealbürgers* sind ebenfalls unterschiedlich schattiert: Der regelkonforme Bürger, der duldsame und zurückhaltende Bürger, der informierte Bürger, der pflichtbewusste Bürger, der verantwortungsvolle Bürger, der vertrauende Bürger, der tolerante Bürger, der partizipationswillige Bürger, der loyale Bürger, der solidarische Bürger, der moralisch inspirierte Bürger, der reflektierende Bürger, der couragierte Bürger, der zivilen Ungehorsam oder Widerstand leistende Bürger. Tugend ist in dieser Bedeutungsdimension ein unspezifisch gebrauchter Begriff und umfasst kognitive, prozedurale und affektive Momente. In der Minimalkonzeption des liberalen politischen Philosophen John Rawls beispielsweise ist Tugend die Bereitschaft zur Befolgung abstrakter Prinzipien wie Rechtfertigungsbereitschaft, Toleranz und Gerechtigkeitssinn; kommunitarischen Vorstellungen zufolge bedarf es gemeinsamer Auffassungen der Bürger über eine kollektive und ethisch ausgezeichnete Lebensform⁶.
5. Unübersichtlich bleibt schließlich auch der Versuch einer Kartographie der unterschiedlichen Wege, die vorgeschlagen werden, um diese *Bürgerqualifikationen einzustudieren*, zu animieren oder zu reproduzieren. Die in der Literatur genannten „Trainingslager“ decken eine umfassende Palette ab. Sie reicht vom Alltag in einer ethischen Gemeinschaft, der familiären Erziehung, der schulischen Sozialisation, obligatorischen Gemeinschaftsarbeiten, Militärdienst, Politischer Bildung, der Eigendynamik politischer Beteiligung und dialogischer Praxis, neuen Partizipationsstrukturen bis zum Glauben an Lerneffekte durch marktförmig organisierte politische Institutionen.

Die geschilderte Bedeutungsvielfalt in der Debatte über die Bürgerqualitäten ist nicht weiter verwunderlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie disparat die Bürgerbegriffe in der Ideengeschichte Verwendung fanden, wie unterschiedlich der disziplinäre Zugang zum Thema ist und auf wie viele zeitdiagnostisch motivierte Fragen der Ruf nach dem „Staatsbürger“ als geeignete Antwort herhalten soll.

1.4 Ein Vorschlag zur Systematisierung der bürgerschaftlichen Kompetenzen

Die Vielstimmigkeit des Tugenddiskurses lebt geradezu von ihrer unklaren Terminologie und den gegenseitigen Missverständnissen. Aus diesem Grund möchte ich im Folgenden eine analytische Perspektive einnehmen und danach fragen, worin das Qualifikationsprofil der Beteiligten einer Zivilgesellschaft oder Bürgergesellschaft genauer bestehen soll. Meines Erachtens ist es sinnvoll, zwischen drei Kompetenzaspekten zu unterscheiden:

- kognitiven Kompetenzen bezüglich des Inhalts politischer Entscheidungen,
- prozeduralen Kompetenzen bezüglich der Verfahren politischer Entscheidungsfindung und
- gemeinsinnorientierten und affektiv verankerten habituellen Dispositionen.

1. Unter der *kognitiven Kompetenz* verstehe ich das Verfügen über politische Vorstellungen, die die formalen Eigenschaften besitzen, sachlich informiert, freiwillig entwickelt, relativ gefestigt und widerspruchsfrei zu sein. In dieser Dimension geht es ausschließlich um die Wissensdimension von Politik. Die notwendige Kompetenz ist vergleichbar mit der des kompetenten Konsumenten im Bereich des wirtschaftlichen Lebens. Zu diesen Kompetenzen gehört beispielsweise die Fähigkeit, sich über rentenpolitische oder technische Themen Kenntnisse zu verschaffen, um zu den Vorschlägen der politischen und wirtschaftlichen Eliten mehr als nur emotional Stellung nehmen zu können. Schon an diesem Punkt wird deutlich, wie anspruchsvoll die damit einhergehende Erwartung sein kann, wirft man einen Blick auf das von der empirischen Sozialwissenschaft beobachtete geringe politische Wissen vieler Bürger. Angesichts einer zunehmenden funktionalen Differenzierung der Gesellschaft und dem Entstehen von immer mehr Expertenkulturen sind die Perspektiven einer auch nur rudimentären kognitiven Bürgerkompetenz mehr als nur skeptisch zu bewerten.

2. *Prozedurale Kompetenzen* beinhalten zum einen die Kenntnisse und strategischen Fertigkeiten, die notwendig sind, um die eigenen Ziele innerhalb der Regeln des politischen Systems zu verfolgen, also Kenntnisse über Parteien, Wahlen und Verbände. Zum anderen bein-

halten sie die Fähigkeit, die Tätigkeit politischer Amtsinhaber beurteilen zu können. Beides zusammen sind die Kenntnisse, die ein potenzieller politischer Akteur benötigt, um die im Rahmen der bestehenden institutionellen Ordnung gegebenen Partizipationschancen und Einflussmöglichkeiten auch tatsächlich wahrnehmen zu können.

3. Als *habituelle Disposition* möchte ich eine dritte Ebene von Bürgerqualifikationen bezeichnen, die zugleich den eigentlichen Kern eines anspruchsvollen Bürgerbegriffs bildet. Es betrifft diejenigen Fertigkeiten und Einstellungen, die notwendig sind, damit das sachlich richtig Anerkannte und verfahrenstechnisch Durchsetzbare auch wirklich realisiert wird. Politisches Wissen muss in politisches Handeln überführt werden. Es geht nicht um Kenntnisse, sondern um das Gefühl der Verpflichtung. Und je weniger das zu realisierende Ziel dem unmittelbaren Eigeninteresse des Bürgers entspricht, um so prekärer wird der Übergang vom Wissen zum Handeln. Sehen die Bürger ihre Rechte mit Pflichten verbunden? Verteidigen sie die Einhaltung liberaler Grundrechte gegen rechtsradikale Schläger? Nehmen sie die Mühen politischer Partizipation auf sich? Bringen sie die zur Realisierung sozialer Rechte nötige Solidarität auf? In Fragen wie diesen umfasst der unterstellte „sense of citizenship“ (Conover 1995: 134) oder – wofür ich den Begriff hier ausschließlich reservieren möchte – die „politische Tugend“ Kompetenzen des Bürgers, die folgende Eigenschaften haben: Sie sind gemeinschaftsorientiert, affektiv verankert und handlungsmotivierend. Nur wenn alle drei Eigenschaften vorliegen, macht es Sinn, von politischer Tugend zu sprechen.

Politische Tugend bedarf somit zum einen der Einstellung von Akteuren, ihr Handeln nicht ausschließlich am Eigeninteresse, sondern an einem „Guten“, den Zielen einer politisch definierten Gruppe zu orientieren. Man kann nicht für sich allein tugendhaft sein. Tugend ist eine Art Filter, der Akteure nötigt, ihre politischen Vorstellungen und Handlungen moralisch oder ethisch selbst zu bewerten⁷. Zur politischen Tugend gehört des Weiteren eine mehr als nur kognitive Verankerung dieser Orientierung. Durch Praktiken der Übung und Gewöhnung verinnerlichte Tugenden sind der freien Wahl des Akteurs nur begrenzt zugänglich. Sie sind aber in dem Sinne eine freiwillig erbrachte Leistung, als die Bereitschaft zum tugendhaften Handeln nicht von

außen erzwungen, sondern von einer Motivationsquelle im Inneren des Akteurs genötigt wird. Politische Tugend bedarf drittens der Bereitschaft, über das bloße Wissen hinaus, was in einer konkreten Situation gut ist, dieses auch im konkreten Handeln gegen innere und äußere Widerstände zu realisieren⁸.

Politische Tugend ist also ein komplexer Begriff, der über die ersten beiden Komponenten des staatsbürgerlichen Kompetenzprofils darin hinausgeht, dass eine bestimmte mentale Ausrichtung (auf gemeinwohlorientierte Beteiligung) mit handlungsmotivierenden Dispositionen untrennbar verwoben ist.

1.5 Demokratische Tugendproduktion

Unterschiedliche politische Systeme bedürfen zu ihrem Erhalt unterschiedlicher Sorten von Tugenden. Demokratische Tugenden sind das Set gemeinwohlorientierter Einstellungen, über die eine ausreichende Zahl an Bürgern einer Demokratie in ausreichender Weise verfügen muss. Ein Tugendkatalog für moderne westliche liberal-demokratische Systeme setzt sich aus Tugenden, über die ein jedes Staatswesen unabhängig von ihrer Regierungsart verfügen muss, sowie zusätzlich Tugenden des Liberalismus, des Demokratismus und des Sozialstaates zusammen. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Tugenden aufeinander abgestimmt sein müssen. Für demokratische Systeme lässt sich folgender Katalog aufstellen:

- Als staatliche Gemeinwesen bedürfen sie der Tugenden der Loyalität (als der Bereitschaft, für die Gemeinschaft aller Mitbürger Verantwortung zu übernehmen) und des Mutes (als der Bereitschaft, das Gemeinwesen gegen Bedrohungen zu verteidigen).
- Als liberale Ordnungen sind sie auf Rechtsgehorsam (auf freiwilliger und daher reflexiver Basis), Kooperationsbereitschaft, Fairness und Toleranz (der Bereitschaft, ethische Differenzen auszuhalten) angewiesen.
- In ihrem demokratischen Moment bedürfen sie zusätzlich mindestens der Tugenden der Partizipation (der Bereitschaft, sich an der öffentlichen Diskussion zu beteiligen), der Verantwortlichkeit (der Bereitschaft, politische Entscheidungen vor einem längerfristigen

Zeithorizont zu evaluieren) sowie der Argumentation (der Bereitschaft, sich für die eigene Meinung öffentlich zu rechtfertigen).

- Und in ihrem sozialstaatlichen Moment bedürfen sie der Tugenden des sozialen Gerechtigkeits sinns und der Solidarität.

Dieser liberal-demokratische Tugendkatalog ist wahrscheinlich für einige Leser nicht hinreichend, für andere zu weitgehend und für wiederum alle Leser nicht in allen Punkten konsistent. Solche Gesichtspunkte haben für eine normative Theorie des Bürgers eine zentrale, wenn auch in der Literatur erst seit kurzem ausführlicher behandelte Bedeutung. Insbesondere die Frage, welche Tugenden miteinander konkurrieren und welchen Tugenden in solchen Fällen der Vorrang zusteht, ist ein in der politischen Theorie gegenwärtig kontrovers diskutiertes Problem⁹.

Mindestens ebenso wichtig wie eine Klärung solcher theoretischer Fragen ist der politische Umgang mit den hier aufgelisteten oder jeder anderen Tugendanforderung. Unterstellen wir einmal, dass der hier aufgelistete Katalog zumindest einige der wesentlichen Tugenden enthält, über die die Angehörigen einer Demokratie und erst recht die Beteiligten einer Zivilgesellschaft, Bürgergesellschaft und des „Dritten Sektors“ verfügen müssen. Es bleibt dann immer noch der nahe liegende Verdacht, dass es sich bei den aufgeführten Bürgertugenden um Idealisierungen handelt, die in der Lebenswirklichkeit kaum vorkommen und im besten Falle eine anspruchsvolle, schutzbedürftige und knappe Ressource sind.

Auf diese Befürchtung gibt es drei Reaktionen, die sich in ihren strategischen Stoßrichtungen unterscheiden. Die ersten beiden Reaktionen verfolgen eine direkte, die dritte Reaktion eine indirekte Strategie.

Die klassische Reaktion besteht in der Forderung nach „staatsbürgerlicher Erziehung“ und dem Ausbau der politischen Bildung. Seit Jahren wird in allen konsolidierten westlichen Demokratien daran gearbeitet, die Methoden der politischen Bildung auf Höhe der Zeit und des Adressatenkreises zu halten, um auf diese Weise einen direkten Zugang auf die politischen Dispositionen der Bürger, insbesondere im jungen Alter, zu bekommen. Lernformen und Lerninhalte weisen eine breite Varianz auf, doch eine seriöse Evaluation bildungspolitischer

Maßnahmen hat sich als äußerst schwierig erwiesen. Die meisten Situationen, in die sich Menschen in der modernen Gesellschaft hineingestellt sehen, etwa auf dem Arbeitsmarkt, laufen der Ausbildung der geforderten Fähigkeiten geradezu entgegen. Die konkreten Effekte der politischen Bildungsarbeit lassen sich von der Natur der Sache her nur schwer messen. Empirische Untersuchungen über das politische Bewusstsein beispielsweise bundesdeutscher Jugendlicher legen die Vermutung nahe, dass der politischen Bildungsarbeit ein eher begrenzter Wirkungskreis zukommt¹⁰. Allen Beteiligten ist bewusst, dass die Schule überfordert ist, wenn sie als zentraler Ort der politischen Bildung gelten soll¹¹. Zugleich gibt es eine Art rhetorischer Arbeitsteilung zwischen den professionell Beschäftigten in der Politischen Bildung und Politikern, die immer dann zur vollen Blüte gelangt, wenn in Reaktion auf bestimmte politische Ereignisse bildungspolitische Maßnahmen öffentlich eingeklagt werden. Mit einer solchen Feuerwehrfunktion ist die Politische Bildung – insbesondere die schulische Politische Bildung – hoffnungslos überfordert. Und so wird es denn auch für die Abschätzung der Chancen einer aktiven Bürgergesellschaft kritisch, wenn man sich nicht allein auf das pädagogische Auftanken der staatsbürgerlichen Batterien verlassen kann. Dennoch ist die Forderung nach einem Abbau der Politischen Bildung aufgrund mangelnder Erfolge politisch inopportun¹².

Eine zweite Reaktion auf die Knappheit des Gutes Bürgerkompetenz verfolgt ebenfalls eine direkte Strategie und lässt sich mit dem Bild einer Pyramide verdeutlichen. Die Idee ist, dass Bürger ihre politischen Grunderfahrungen auf lokaler Ebene erwerben und dann schrittweise auch Interesse an der Beteiligung „weiter“ oben gewinnen. Herfried Münkler verfolgt eine solche Vorstellung unter Berufung auf die Tradition des Freiherrn von Stein und Alexis de Tocqueville. Bürger sollen zuerst in „kleinräumig überschaubaren Strukturen“ (Münkler 1997:168) positive Erfahrungen sammeln und auf diese Weise konkret bürgerschaftliche Kompetenz einüben. Angesichts der kommunalpolitischen Realitäten in der Bundesrepublik und den begrenzten Kompetenzen der Kommunen ist der Vorschlag Münklers eher als ein Eingeständnis von Hilflosigkeit als ein Erfolg versprechendes Rezept zu lesen.

Eine dritte Option verfolgt eine indirekte Strategie bei der Erzeugung von bürgerschaftlicher Kompetenz und politischer Tugend. Sie nimmt ihren Ausgangspunkt bei den umfangreichen politikwissenschaftlichen Forschungen der letzten Jahre über die Entstehung und den Erhalt von bürgerschaftlichen Kompetenzen und insbesondere Tugenden. Einflussreich sind vor allem die Thesen von Robert Putnam geworden, die er im Zusammenhang eines größeren empirischen Projektes über „Ziviltugenden“ in Italien in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelt hat¹³. Folgt man Putnam, so gibt es einen sich gleichsam spiralförmig nach oben bewegenden Verstärkungszusammenhang zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Vertrauen der Bürger untereinander. Folgt man Putnam weiter, so ist die politische Beteiligung dort höher, ist der Grad an Korruption dort geringer, ist der politische Kenntnisstand der Bürger dort höher und ist die Unzufriedenheit mit der Demokratie dort geringer, wo es ein ausgeprägtes gesellschaftliches Gruppenleben gibt. Zu diesen gesellschaftlichen Gruppen gehören in erster Linie „unpolitische“ Vereinigungen wie Sportvereine, freiwillige Feuerwehren, Chöre, Lesezirkel, Naturschutzverbände usw. Die vielfachen Netzwerke und überlappenden Mitgliedschaften schaffen das gegenseitige Vertrauen, das notwendig ist, damit Bürger sich tugendhaft verhalten wollen, ohne dass jeder von ihnen das Gefühl hat, dass er oder sie gleichsam die einzigen Dummen sind, auf Kosten deren politischen Engagements die anderen profitieren. Zugleich schaffen diese Mitgliedschaften den organisatorischen Raum für die Einübung und ständige Wiederholung von Dissenserfahrungen und einen produktiven Umgang damit. Schließlich verfügen die Angehörigen solcher Vereinigungen über ein positiveres Lebensgefühl, mehr Mitgefühl am Schicksal anderer und mehr Lust zum Handeln. Die Konsequenz, die sich aus den Befunden Putnams und anderer ergibt, lautet, dass der Staat die Gründung und den Erhalt derartiger Vereinigungen so weit wie möglich fördern soll, auch wenn es sich auf den ersten Blick um rein private Interessen handelt, die sich auf diese Weise organisieren.

Politische Tugend ist möglicherweise eine Eigenschaft, die mit dem Glück oder dem Wunsch, Schlaflosigkeit zu überwinden, etwas gemeinsam hat: Sie lässt sich nur schwerlich auf direktem Wege herstellen.

Bei diesen Dingen handelt es sich – wie Jon Elster einmal mit Bezug auf die Überwindung von Schlaflosigkeit gesagt hat – um „Zustände, die wesentlich Nebenprodukt sind“¹⁴. So, wie das wahre Glück darin besteht, die bohrende Frage danach, ob ich glücklich bin, für einige Momente vergessen zu haben; und so, wie es nicht gelingt, sich darüber in den Schlaf zu bringen, dass man permanent bewusst einzuschlafen versucht, sondern sich von dem Ansinnen ablenken lässt und auf diese Weise einschläft; so spricht einiges dafür, dass auch die politische Tugend ein „by-product“ anderer sozialer Aktivitäten ist und im demokratischen Verfassungsstaat, wenn überhaupt, am besten durch indirekte Strategien erzeugt wird.

1.6 Vertrauen und Bürgerkompetenz

Die Befunde von Putnam und anderen Sozialwissenschaftlern, die zur Entstehung und dem Erhalt von Tugend und anderen Bürgerkompetenzen arbeiten, zeigen darüber hinaus die besondere Bedeutung, die dem gegenseitigen Vertrauen der Gesellschaftsmitglieder untereinander in diesem Zusammenhang zukommt¹⁵. Tugenden bezeichnen die andere Seite von Rechten, die Bereitschaft zur Übernahme von Pflichten.

Im demokratischen Verfassungsstaat gibt es zwei Sorten dieser Pflichten, die rechtlich erzwingbaren und die nicht rechtlich erzwingbaren. Zur ersten Gruppe gehören neben dem Rechtsgehorsam besondere Bürgerpflichten, die als Steuerpflicht, als Schulpflicht und (zumindest momentan in der Bundesrepublik für alle männlichen Bürger noch) als Wehrpflicht rechtlich fixiert sind. Zur zweiten Gruppe zählen die oben genannten Momente des demokratisch-liberalen Tugendkatalogs, die sich sämtlich rechtlich nicht erzwingen lassen, sondern im Gegenteil gerade durch die freiwillige Pflichterfüllung gekennzeichnet sind. Beide Sorten von Pflichten – die rechtlich erzwingbaren wie die nicht erzwingbaren – zeichnen sich durch dreierlei aus:

- Der Bürger oder die Bürgerin muss zum Teil erhebliche Abstriche von seinen oder ihren eigenen unmittelbaren Interessen machen,
- er oder sie hat keine individuelle Folgegewissheit im Hinblick auf die Frage, welche Funktion er oder sie mit der tugendhaften Erfüllung

staatsbürgerlicher Pflichten letztlich hinnehmen muss (zum Beispiel Erklärung eines Krieges durch die eigene Regierung),
 – und er oder sie bleibt im Ungewissen darüber, welche Gegenleistungen für ihn oder sie bei der tugendhaften Erfüllung ihrer Pflichten für sie resultieren. Die Erfüllung von Pflichten ist eine „Gabe ‚an alle‘“ (Claus Offe).

Sieht man einmal vom Sonderfall des empirisch wenig wahrscheinlichen Bürgers ab, der so altruistisch ist, dass er seine Pflichten unabhängig vom Verhalten aller anderen Bürger treu erfüllt, so liegt die Vermutung nahe, dass es einer gewissen Vertrauensbasis der Bürger untereinander bedarf, um über das Wissen dessen, was richtig ist, hinaus den entscheidenden Schritt zum Handeln zu tun. Dieses Vertrauen basiert auf gemeinsamen Erfahrungen miteinander und der Annahme, dass man „irgendwann einmal im späteren Leben“ für sein eigenes tugendhaftes Verhalten eine Gratifikation erhält, die im tugendhaften Verhalten der Mitbürger besteht.

Es steht außer Frage, dass dieses gemeinsame Vertrauenskapital in der Bundesrepublik und anderen westlichen Demokratien seit einigen Jahren unter einen mehrfachen Stress geraten ist¹⁶. Als Stichworte müssen hier der Hinweis auf gesellschaftliche Individualisierungsprozesse, auf die Ausweitung der Bezugsgröße des politischen Gemeinwesens im Zusammenhang mit dem Ausbau der Europäischen Union sowie die erweiterten Möglichkeiten von Mitbürgern, im Zuge der Globalisierung die „Exit-Option“ bei der Pflichterfüllung zu wählen, genügen. Je größer der Bezugsrahmen von Interdependenz- und Wettbewerbsbeziehungen in modernen Gesellschaften wird, desto kleiner wird im Gegenzug der Horizont eines gegenseitigen Vertrauens der Bürger auf tugendhaftes politisches Handeln. Das Vertrauen, dass auch die anderen Bürger ihre staatsbürgerlichen Pflichten tugendhaft erfüllen, wird durch diese Entwicklungen gleichsam zum Schmelzen gebracht. In der Bundesrepublik hat es sich auch nicht – ich möchte betonen: glücklicherweise – durch den Appell an das Ideal der Nation wiederherstellen lassen.

1.7 Schlussbemerkung

Angesichts des eben umrissenen Erwartungshorizonts bezüglich der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung erhält die Hoffnung vieler Politiker und Politikwissenschaftler, die Bürgergesellschaft könne als Quelle und Hort staatsbürgerlicher Tugenden fungieren, eine heroische Note. Eingangs wurde auf die unterschiedlichen politischen Stoßrichtungen hingewiesen, mit denen der Appell an die „Bürgergesellschaft“ momentan verbunden wird und auf ihren gemeinsamen Nenner im Ruf nach der Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Bürger.

Die politischen Implikationen des gegenwärtigen Diskurses über die Chancen einer Bürgergesellschaft sind also durchaus offen. Möglicherweise wird in ferner Zukunft der Rückblick erweisen, dass die Forderung nach mehr ‚Bürgergesellschaft‘ zu Beginn des 21. Jahrhunderts als Slogan fungierte, der weniger auf die Erweiterung politischer Handlungsoptionen als auf die Ersetzung der Politik durch die Mechanismen des Marktes zielte.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Schröder 2000.
- 2 Viele Motive dieses neuen „Tugenddiskurses“ der neunziger Jahre finden sich bereits in der älteren bundesdeutschen Politikwissenschaft (vgl. Sternberger 1949, Hennis 1957, 1962, Kielmannsegg 1972). Zur neueren angloamerikanischen Diskussion vgl. (mit weiterführenden Literaturhinweisen) Burt 1993, Slote 1994, Kymlicka/Norman 1995, Dagger 1997, Pettit 1997 sowie die Aufsätze in Beiner 1995 und Elkin/Soltan 1999. Im deutschen Sprachraum vgl. die Beiträge in Hepp 1994 und vor allem die Arbeiten von Herfried Münkler 1991, 1992, 1997, 2000b.
- 3 Zur Ideengeschichte vgl. MacIntyre 1982:169-250, Münkler 1991, 2000b, Seibert 1999, Berkowitz 1999, Schmitz 2000 und die Beiträge in Crisp 1998.
- 4 Vgl. Münkler 1992, 2000.
- 5 Vgl. Elkin/Soltan (1999) und Leonard 1999.
- 6 Vgl. Forst 1994:160-171.
- 7 Tugend ließe sich in dieser Hinsicht auch als eine eingelebte Präferenz zweiter Ordnung bezeichnen. Akteure stellen Fragen wie beispielsweise: Möchte ich eine Bürgerin sein, die aus finanziellem Eigeninteresse gegen notwendige umweltpolitische Maßnahmen votiert? Möchte ich ein Bürger sein, der ohne genaue Sachkenntnis zu Frage x ein Votum abgibt?
- 8 Vgl. in diesem Zusammenhang Nunner-Winklers Unterscheidung zwischen „moralischem Wissen“ und „moralischer Motivation“ als zwei voneinander unabhängige Momente von Moral (Nunner-Winkler 1994:130-135).

- 9 So nehmen kommunitaristische Autoren zusätzliche gemeinschaftliche Momente auf (MacIntyre 1982). Ein engerer Tugendkatalog findet sich bei den liberalen Theoretikern Galston 1988, Macedo 1990 und Rawls 1992:378f. Instruktiv in diesem Zusammenhang ist Rainer Forsts Unterscheidung zwischen liberalen, dialogischen und gemeinschaftlichen Tugenden (Forst 1994:179). Albrecht Wellmer spricht zwar explizit von der Notwendigkeit deliberativer Tugenden, umreißt diese aber nur grob (Wellmer 1994: 187). Einen relativ breiten Überblick über die verschiedenen möglichen Tugendelemente geben Dagger 1997 und Schmitz 2000.
- 10 Vgl. die Befunde über das politische Bewusstsein deutscher Jugendlicher in der Shell-Studie von 1999.
- 11 Einen guten Überblick über die Entwicklung der deutschen Diskussion geben Kuhn/Massing/Skuhr 1993. Die sozialphilosophische Rechtfertigung der Politischen Bildung und die Grenze zur unzulässigen staatlichen Indoktrination in liberalen Demokratien werden von Amy Gutman 1987 und Eamonn Callan 1999 diskutiert. Den besten Überblick über den aktuellen amerikanischen Stand politischer Bildungsmaßnahmen geben die engagiert geschriebenen Beiträge in Elkin/Soltan 1999.
- 12 Stephen Leonard sieht in der Berufung auf eine letztlich ohne jede positiven Effekte bleibende Politische Bildung eine Art Lebenslüge der westlichen Politikwissenschaft (vgl. Leonard 1999).
- 13 Vgl. Putnam 1993 und die Kritik von Jean Cohen 1999.
- 14 Vgl. Elster 1987:143-159.
- 15 Vgl. Offe 1994, 1999, Braithwaite/Levi 1998, Hollis 1998, Hetherington 1998, Cohen 1999 und Göhler 1999.
- 16 Für die USA belegt einen geradezu dramatischen Vertrauensverlust die neue Studie von Robert Putnam 2000. Vgl. weiterhin Abramson 1983, Craig 1993, Putnam 1995, Nye 1997, für Westeuropa vgl. Klingemann/Fuchs 1995.

Literatur

- Abramson, Paul R. 1983: *Political Attitudes in America. Formation and Change*. San Francisco.
- Beiner, Ronald (Hrsg.) 1995: *Theorizing Citizenship*. New York.
- Berkowitz, Peter 1999: *Virtue and the Making of Modern Liberalism*. Princeton.
- Braithwaite, Valeri/ Levi, Margeret (Hrsg.) 1998: *Trust and Governance*. New York.
- Buchstein, Hubertus 1995: Die Zumutungen der Demokratie. In: Klaus von Beyme/ Claus Offe (Hrsg.): *Politische Theorien in der Ära der Transformation*. Köln und Opladen, 295-324.
- Burtt, Shelley 1993: *The Politics of Virtue Today: A Critique and a Proposal*. In: *American Political Science Review* 87, 360-368.
- Callan, Eamonn 1997: *Creating Citizens. Political Education and Liberal Democracy*. Oxford.
- Cohen, Jean 1999: *Trust, Voluntary Associations and Workable Democracy*. In: Mark E. Warren (Hrsg.): *Democracy and Trust*. Cambridge, 208-248.
- Craig, Stephen 1993: *The Malevolent Leaders. Popular Discontent in America*. Boulder.
- Crisp, Roger (Hrsg.) 1998: *How Should One Live? Essays on Virtues*. Oxford.
- Dagger, Richard 1997: *Civic Virtues. Rights, Citizenship and Republican Liberalism*. Oxford.
- Dahl, Robert A. 1998: *On Democracy*. New Haven.
- Elkin, Stephen L./ Soltan, Karol E. 1999: *Citizen Competence and Democratic Institutions*. University Park, Pennsylvania.
- Elster, Jon 1987: *Subversion der Rationalität*. Frankfurt/New York.
- Forst, Rainer 1994: *Kontexte der Gerechtigkeit*. Frankfurt/M.
- Galston, William 1988: *Liberal Virtues*. In: *American Political Science Review* 82, 1277-1289.

- Göhler, Gerhard 1999: *Trust and Conflict Resolution: Theoretical Perspectives*. MS.
- Gutman, Amy 1987: *Democratic Education*. Princeton.
- Hennis, Wilhelm 1957: *Das Modell des Bürgers*. In: *Gesellschaft—Staat—Erziehung* 2, 330-347.
- Hennis, Wilkeim 1962: *Motive des Bürgersinns*. In: *ders.: Politikwissenschaft und politisches Denken*. Tübingen 2000, 148-160.
- Hepp, Gerhard (Hrsg.) 1994: *Dieschwierigen Bürger*. Schwalbach.
- Hetherington, Marc 1998: *The Political Relevance of Trust*. In: *American Political Science Review* 92, 791-808.
- Hollis, Martin 1998: *Trust Within Reason*. Cambridge.
- Kielmannsegg, Peter Graf 1972: *Demokratie und Tugend*. In: *Merkur* 16, 109-121.
- Klingemann, Hans-Dieter/ Fuchs, Dieter (Hrsg.) 1995: *Beliefs in Government. Volume One, Citizens and the State*. New York.
- Kymlicka, Will/ Norman, Wayne 1995: *The Return of the Citizen*. In: Beiner, Ronald (Hrsg.) 1995: *Theorizing Citizenship*. New York, 283-322.
- Leonard, Stephen T. 1999: „Pure Futility and Waste“. *Academic Political Science and Civic Education*. In: *PS, Political Science and Politics* 32, 749-755.
- Macedo, Stephen 1990: *Liberal Virtues*. Oxford.
- MacIntyre, Alasdair 1982: *Der Verlust der Tugend*. Frankfurt/M.
- Münkler, Herfried 1991: *Die Idee der Tugend. Ein politischer Leitbegriff im vorrevolutionären Europa*. In: *Archiv für Kulturgeschichte* 73, 379-403.
- Münkler, Herfried 1992: *Politische Tugend. Bedarf die Demokratie einer sozio-moralischen Grundlegung?* In: *ders. (Hrsg.). Die Chancen der Freiheit*. München, 25-46.
- Münkler, Herfried 1997: *Der kompetente Bürger*. In: Klein, Ansgar/ Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland*. Baden-Baden, 153-172.
- Münkler, Herfried 2000a: *Das Ethos der Demokratie über Ehre, Ehrlichkeit, Lügen und Karrieren in der Politik*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 41, 302-315.
- Münkler, Herfried 2000b: *Ehre, Amt und Engagement. Wie kann die knappe Ressource Bürgersinn gesichert werden?* In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 13 (H.2), 22-32.
- Nunner-Winkler, Gertrud 1994: *Moral in der Politik*. In: Derlien, Hans Ulrich (Hrsg.): *Systemrationalität und Partialinteresse*. Baden-Baden, 173-190.
- Nye, Joseph et al. (Hrsg.) 1997: *Why People don't Trust Government*. Cambridge.
- Offe, Claus 1994: *Überzivilisierte Tugenden*. In: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 41, 146-151.
- Offe, Claus 1999: *How can we Trust our Fellow Citizens?* In: Warren, Mark E. (Hrsg.): *Democracy and Trust*. Cambridge, 42-87.
- Pettit, Philip 1997: *Republicanism. A Theory of Freedom and Government*. Oxford.
- Putnam, Robert D. 1993: *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton.
- Putnam, Robert 1995: *America's Declining Social Capital*. In: *Journal of Democracy* 6, 65-78.
- Putnam, Robert 2000: *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York.
- Rawls, John 1992: *Die Idee des politischen Liberalismus*. Frankfurt/M.
- Schmitz, Sven-Uwe 2000: *Homo democraticus. Demokratische Tugenden in der Ideengeschichte*. Opladen.
- Schröder, Gerhard 2000: *Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft*. In: *Süddeutsche Zeitung vom 24. März 2000*, S. 19.
- Seubert, Sandra 1999: *Gerechtigkeit und Wohlwollen. Ein bürgerliches Tugendverständnis nach Kant*. Frankfurt am Main/ New York.
- Slote, Michael 1994: *Virtue*. In: Goodin, Robert/ Pettit, Philipp (Hrsg.): *A Companion to Political Philosophy*. Cambridge, 645-650.
- Sternberger, Dolf 1949: *Aspekte des bürgerlichen Charakters*. In: *Ders.: Ich wünsche, ein Bürger zu sein*. Frankfurt/M. 1967, 10-28.
- Wellmer, Albrecht 1994: *Bedingungen einer demokratischen Kultur*. In: Brumlik, Michael/ Brunkhorst, Hauke (Hrsg.): *Gemeinschaft und Gerechtigkeit*. Frankfurt/M., 173-197.